

Opposition sieht Erhöhung kritisch

Kaminarz: Monatliche Aufwandsentschädigung der Stadtverordneten werde regelmäßig angepasst

BREMERHAVEN. In einer Nebenabrede zum Koalitionsvertrag haben sich CDU, SPD und FDP geeinigt, Fraktionsgeld und Entschädigungen für Stadtverordnete zu erhöhen. Zudem sind für eine Fraktion nur drei Sitze nötig – davon profitiert momentan die FDP. Das alles geht aus einem Papier hervor, das der **NORDSEE-ZEITUNG** vorliegt. Die Oppositionsparteien haben diese Verabredung unterschiedlich kommentiert: Das Fraktionsgeld sei nicht erhöht worden, das stimmt. Dass die FDP-Fraktionsstatus bekomme, sei auch völlig in Ordnung, sagt Claudius Kaminarz von den Grünen. Er weist aber darauf hin, dass die Entschädigung für Stadtverordnete seit

Jahren kontinuierlich angehoben werde – immer um einige Prozent, gemessen am Verbraucherpreisindex. „Die Inflation ist also berücksichtigt, der Vorschlag wäre ein Extraschluck aus der Pulle“, stellt er klar. Er wünscht sich, dass das Thema in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich und ehrlich mit allen Stadtverordneten diskutiert wird. Diesen Wunsch will ihm die CDU offenbar erfüllen. Thorsten Raschen hofft, dass in der Stadtverordnetenversammlung eine „ehrliche Debatte“ über das Thema geführt werden könne. Die Koalition will eine Vorlage samt Begründung vorbereiten. In der Fraktion „Grüne PP“ habe man das Thema noch nicht be-

sprochen. Kaminarz persönlich habe sich noch nicht entschieden, ob er eine Erhöhung gut findet, fühle sich aber „nicht unterbezahlt“. „Als Kommunalpolitiker kann man kein Geld verdienen“, sagt er, aber eine Erhöhung sei auch immer eine moralische Frage. Die Bürger-in-Wut-Fraktion lehnt die geplante Erhöhung der Politikerbezüge ab. „Die damit verbundenen Mehrkosten für die Stadtkasse kommen angesichts der angespannten Haushaltslage in Bremerhaven zur Unzeit“, kritisiert Fraktionsvorsitzender Jan Timke. AfD-Chef Thomas Jürgewitz: „Wir lehnen eine Erhöhung ab. Die finanzielle Ausstattung ist ausreichend auch im Hinblick auf

den Arbeitseinsatz bei sieben Sitzungen pro Jahr und quartalsmäßigen Ausschusssitzungen.“ Er schlägt vor, das Gremium auf 40 Stadtverordnete zu verkleinern. SPD-Parteichef Martin Günthner spart nicht an Ironie: Wer findet, dass sich die Arbeit als Stadtverordneter finanziell lohne, könne gerne bei der nächsten Aufstellung der Kandidaten in die Schifferstraße kommen. Finanziell sei das politische Ehrenamt nicht lukrativ. FDP-Kreisvorsitzender Bernd Schomaker sagt: „Keiner sitzt wegen des Geldes in der Stadtverordnetenversammlung.“ Kommentare, Kommunalpolitiker würden sich die Taschen vollmachen, ärgerten ihn. (wes)